

Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Prüfungsjahr 2015.

Sehr geehrte Mitglieder des SR,

auch in diesem Jahr wurden Vorgänge des Jahres 2015 von uns stichprobenartig und manche Dinge ausführlich geprüft.

Dieses Jahr möchte ich die Punkte mal in einer anderen Reihenfolge ihnen vortragen.

1. Bauverwaltung und Bauhof

Es konnte kein Bauprojekt abschließend geprüft werden, da alle Projekte noch nicht abgeschlossen oder die Unterlagen für die Zuschussanträge zur übergeordneten Behörde weitergeleitet sind. Dies bedeutet für den RPA im laufenden Jahr eine **schwerpunktmäßige Prüfung dieser Vorgänge**. Jedoch sind schon jetzt einige Punkte aufgefallen, die wir nicht unerwähnt lassen können und die teilweise eines Handelns des SR oder des zuständigen Ausschusses bedürfen.

- a. Grund- und Mittelschule Erfreulicherweise konnte dank des sehr hohen Einsatzes von Pierre Hammer im letzten Jahr ein sehr großer Teil der offenen Punkte erledigt werden. Es konnten die Restarbeiten erledigt werden, die Mängel der Prüfberichte abgearbeitet werden und in vielen technischen Bereichen die Probleme beseitigt werden. Unerfreulich ist aber, dass es den MA der Verwaltung (**zum Zeitpunkt der Berichterstellung**) nicht gelungen ist, die nötigen Meldungen des Arch.-Büros und der Fach-Ing. zu bekommen. Hier gibt es deutliche Meinungsunterschiede zwischen den Büros, die aber zu Lasten der Stadt Herrieden gehen. Ohne diesen Verwendungsnachweis können wir keinen endgültigen Abrechnungsbescheid erstellen und damit nicht die zugesagten Zuschüsse abrufen. Hierbei handelt es sich nicht um eine Kleinigkeit. Dies wird schon dadurch deutlich, dass es sich um einen Betrag im sechsstelligen Bereich handelt, den wir über Bankdarlehen Zwischenfinanzieren müssen.

Wir weisen darauf hin, dass sich Verwaltung oder Bürgermeister dieser Angelegenheit annehmen müssen und die betreffenden Parteien zu einem pers. Gespräch einbestellen und dies dann abschließend geklärt wird. Alt. Kann damit auch der Bauausschuss beauftragt werden.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

In diesem TOP sind 2 Dinge vermischt, die wir gerne trennen wollen. Zu Beginn geht es um die Prüfberichte der sicherheitsrelevanten Anlagen, die ggf. dazu geführt hätten, die Schule ab September 2016 nicht mehr betreiben zu dürfen. Diese Punkte wurden alle, dank des unermüdlichen Arbeitseinsatzes von Pierre Hammer, pünktlich erledigt.

Im zweiten Teil geht es um die Verwendungsnachweise, die benötigt werden, um Fördermittel abzurufen. Hierbei tat sich die Verwaltung schwer, die Unterlagen von den Fachbüros zu bekommen. Wir hatten hier ein stufenweises System, wonach zuerst der Sachbearbeiter versucht hat, alle Unterlagen zu erhalten. Danach wurde der Kämmerer eingeschaltet und im Anschluss daran dann die Geschäftsleitung. Mit vereinten Kräften hat die Verwaltung daran gearbeitet, die Unterlagen rechtzeitig zu bekommen. Am 16.02.2017 gingen alle Unterlagen bei der Verwaltung ein. Allerdings waren diese in einem Dateiformat übersandt worden, die die Verwaltung nicht

öffnen konnte. Am 23.02.2017 gingen die Dateien dann als PDF ein und noch am selben Tag wurden diese an die Regierung weitergeleitet. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wurde bereits von Herrn Meyer informiert. Es sind keine weiteren Gespräche mit den Auftragnehmern mehr erforderlich.

- b. Vergabe von Aufträgen für Projekte. Hier schlagen wir vor, dass in den Kosten in Zukunft auch die Eigenleistungen des Bauhofes mit aufgeführt werden. Ich möchte das am Bsp. Lichterbogen zum Jubiläum darstellen. Nach den zuerst vorliegenden Informationen aus dem JKSP –Ausschuss und Bauausschuss wären die Kosten des Bauhofes sehr viel höhere gewesen, als die Anschaffung. In mehreren Gesprächen mit den Beteiligten wurde dann festgestellt, dass die tatsächlich erbrachten Leistungen erheblich niedriger waren als off. mitgeteilt. Gerade dieser Fall zeigt deutlich, dass eine umfassende Kostendarstellung aller zu erbringenden Leistungen dringend erforderlich ist.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband hat in seiner Prüfung 2016 für die Jahre 2011 bis 2014 bereits dieselbe Vorgehensweise angeregt. Diese Forderung wird sukzessive umgesetzt. Mit einer vollständigen Umsetzung dieser Forderung kann bis Ende 2018 gerechnet werden.

- c. Brandschutz Rathaus Da im neuen Haushalt die benötigten Gelder berücksichtigt sind, gehen wir davon aus, dass die seit Jahren bestehenden Mängel in diesem Jahr endgültig und komplett erledigt werden. Auch die erforderliche Zeit für das Personal zur Erledigung dieser Aufgaben sollte eingeplant sein. Weiterhin wiesen wir auf die gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit nochmals hin und gehen davon aus, dass diese im Zuge der Brandschutzmaßnahmen auch mit berücksichtigt und erledigt werden. Wir schlagen weiterhin vor, dass ein Konzept zur weiteren Nutzung des Rathauses erstellt wird, um eine umfassende Sanierung und Nutzung zu gewährleisten um nicht unnötig Geld für Insellösungen auszugeben, die später im Rahmen der endgültigen Nutzung wieder geändert werden müssen.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Gerade im Hinblick auf die Verweise zur Höhe des Personaletats aus der Stadtratssitzung am 22.03.2017 gibt die Verwaltung bekannt, dass eine umfängliche Brandschutzertüchtigung 2017 nicht möglich ist. Im Haushalt sind daher auch nur Mittel für neue Türen und die Erneuerung des Bodenbelages an der Treppe eingebracht worden. Die Türen sind aus dem Brandschutz heraus zwingend erforderlich.

- d. Umbau Rathaus, Fensteraustausch Bei diesem Projekt hat es sich wieder deutlich gezeigt, was es bedeutet, wenn unser Personal nicht genügend Zeit zur Kontrolle und Bearbeitung hatte. Die Mehrungen wurden vom Arch. mitgeteilt und von der Verwaltung akzeptiert. Somit ist uns jetzt jegliche Möglichkeit genommen, diese Mehrkosten zurück zu verlangen. Nur Kosten für nicht durchgeführte Bauleitung konnten eingebhalten werden, was aber den kleinsten Anteil an der Summe ausmacht. Hier ist unbedingt die neue HAOI zu beachten.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Zunächst ist der Verwaltung die Information wichtig, dass alle Mehrungen beschlussmäßig behandelt wurden. Die Mehrungen müssen in 3 Bereiche aufgeteilt werden. Zunächst gab es erforderliche Leistungen, die bauphysikalisch erforderlich waren. So z.B. hat man erst bei der Bauausführung feststellen können, dass Vorkehrungen vor eindringender Feuchtigkeit getroffen werden mussten, um das Mauerwerk vor Verfall zu schützen. Bei einer ordentlichen Grundlagenermittlung hätte das ausschreibende Architekturbüro dies vor der Ausschreibung erkennen müssen, dann wären diese Kosten von vornherein bekannt gewesen. Gerade weil die Grundlagenermittlung nicht sorgfältig genug abgearbeitet wurde, fehlen z.B. die Positionen für Beiputzarbeiten komplett.

Dann war es so, dass der Architekt die Bauüberwachung inne hatte (wir hatten Lph 8 und 9 vergeben). Die Verwaltung musste jedoch ständig die Bauüberwachung aufs Neue einfordern.

Dann gab es Wünsche für Kostenmehrungen, die die Verwaltung aufgrund ihrer sorgfältigen Arbeit abgelehnt hatte. (Bsp. Beschlüsse für die Oberlichter).

Im Zuge der Kostenmehrungen für die Erneuerung der Rathausfenster wurde von der Verwaltung parallel ein neuer Antrag auf Zuwendung aus dem Städtebauförderprogramm gestellt. So konnte die ursprünglich zugesagte Fördersumme von 9.000 Euro auf insgesamt 31.800 Euro erhöht werden.

- e. Ingenieurverträge Es ist uns unverständlich, warum über die Bauabteilung, ohne Beschluss des SR schon in Einzelfällen Verträge mit Ing.-Büros abgeschlossen werden konnten. Das betreffende Ing. weigert sich jetzt, auf seinen rechtsgültigen Vertrag zu verzichten ohne einen finanziellen Ausgleich zu bekommen. Dies ist aus Sicht des Büros verständlich und verursacht der Stadt nicht nur zus. Kosten sondern belastet auch das Zeitkonto des Leiters der Bauabteilung mit der Klärung und Verhandlung erheblich. Zeit, die wir sinnvoller bei anderen Projekten einbringen würden.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Ausnahmslos alle Ingenieurverträge sind durch Beschlüsse abgedeckt. Allerdings gab es in der Vergangenheit einmal den Fall, dass ein Auftrag an ein Büro ging, das um wenige Euro teurer war, als das weitere Angebot. Ob der damalige Sachbearbeiter jedoch einen Grund hatte, das zweitgünstigste Angebot als wirtschaftlicher zu werten, kann heute nicht mehr festgestellt werden.

Der Vertrag wurde wegen Schlechtleistung vorzeitig beendet. Auch dies ist beschlussmäßig abgedeckt. Die erbrachten Leistungen wurden bezahlt. Nun forderte der Vertragsnehmer jedoch noch weitere Zahlungen, die die Verwaltung mit entsprechenden Begründungen abgelehnt hat. Über diesen Sachverhalt sind die Mitglieder des BUL-Ausschusses voll umgänglich informiert worden.

2. Zuschusswesen der Stadt

Wir empfehlen dem SR, dass die Zuschussregelungen für Investitionen mit den Vereinen grundlegend überarbeitet werden. Dies soll an den zuständigen Ausschuss weitergegeben werden. Wir denken hier vorrangig an die Sportförderung der Vereine, wie auch die Zuschüsse für Fahrten und Investitionen.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Hierzu erhielt die Verwaltung bereits einen Auftrag über den Beschluss des Ausschusses für

Jugend, Kultur, Sport, Tourismus und Partnerschaften in der Sitzung am 13.02.2017. Dieses Projekt ist in Arbeit und wird dem Ausschuss in seiner Sitzung im Mai oder im Juli zur Beratung vorgelegt.

3. Einkauf von Produkten und Geschenken

Wir stellen fest, dass diese Dinge jetzt überwiegend bei unseren eigenen Unternehmen gekauft werden. Anmerken möchten wir hier jedoch, dass bei gleichen Produkten und Anbietern auch mal ein Wechsel stattfinden sollte. Dadurch kämen alle Unternehmen mal in den Genuss von Geschäften mit der Stadt.

Sachstandmeldung der Verwaltung:

Die Verwaltung wird versuchen, den Anforderungen gerecht zu werden.

4. Intensiv haben wir uns mit der Betriebskostenabrechnung der Realschulturnhalle beschäftigt. Nach Vorlage der Auflistung der Erträge und der Einzelkosten ist uns aufgefallen, dass manche Vereine für die Nutzung nichts oder weniger zahlen als unsere örtlichen Vereine. Auch werden Veranstaltungen des Landkreises, bei denen auch Kosten entstehen, weder in der Kostenrechnung noch auf der Einnahmeseite aufgeführt und berücksichtigt. Sollte diese Situation auch 2016 weiter Bestand gehabt haben und wir dies bei der nächsten Prüfung wieder so feststellen, dann muss die Verwaltung, das Gespräch mit dem Landkreis zur Lösungsfindung zu suchen.

Sachstandmeldung der Verwaltung:

Bei Veranstaltungen des Landkreises, bei denen Kosten entstehen, werden diese bereits jetzt schon dem Landkreis in Rechnung gestellt. Bsp. Verleihung der Ehrenamtsmedaille 2015 und 2016. Für diese Veranstaltung wurden die Arbeitsstunden Bauhof und Hausmeister in Rechnung gestellt. Die Gebührenregelungen für Sportveranstaltungen wird der Kämmerer mit dem Landratsamt besprechen.

5. Einige Leistungen der FFW werden immer noch nicht mit dem Verursacher abgerechnet und es gibt auch keinen Beschluss des SR, dass dies nicht zu erfolgen hat.

Sachstandmeldung der Verwaltung:

Die Verwaltung ist der Meinung, sich genau an die Vorgaben der Gebührensatzung zu halten. Damit dieser Punkt nachvollzogen werden und demzufolge die Arbeitsweise korrigiert werden kann, wird hier um weitere Informationen gebeten.

6. Da die Bauausschusssitzung zeitlich sehr knapp vor den SR-Sitzung ist, sind einige Mitglieder des SR nicht vollumfänglich informiert und tun sich mit Entscheidungen schwer. Es wird vorgeschlagen, dass die Verwaltung mit dem betreffenden Ausschuss sich nochmals überlegt, ob eine Entzerrung der Termine nicht sinnvoller wäre.

Sachstandmeldung der Verwaltung:

An sich erhält jedes Stadtratsmitglied die Sitzungsunterlagen für die Sitzungen des BUL-Ausschusses und ebenso den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Aus Sicht der Verwaltung müssten daher die Beschlüsse für alle leicht nachvollziehbar sein. Die Verwaltung und die Mitglieder des BUL-Ausschusses hatten es als Vorteil gesehen, wenn die Sitzungen so dicht aufeinander gefolgt sind, weil dann noch ganz deutlich die Diskussion jedes TOP aus der BUL-Sitzung in Erinnerung ist und den Stadtratsmitgliedern in der Stadtratssitzung detailliert wiedergegeben werden kann. Ist dies mehrheitlich vom Stadtrat gewünscht, werden die

Sitzungen ab 2018 anders terminiert.

7. Bei einigen Entscheidungen ist nicht eindeutig zu klären, wer genau jetzt für was zuständig ist. Evtl. müsste unsere Geschäftsordnung, wie schon einmal angedacht, überprüft und ggf. in Teilbereichen neu definiert werden. Hierzu sollten die Faktionsvorsitzenden sich zusammensetzen und eine Absichtserklärung herbeiführen. Als Beispiel führe ich den schon oben erwähnten Lichterbogen nochmals auf, der vom JKSP-Ausschuss entschieden wurde aber nach Einrechnung von Kleinteilen über die dem Ausschuss mögliche Genehmigung rutschte und dann nochmals im Bau-Ausschuss diskutiert und entschieden wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Für die Verwaltung ist aus der Geschäftsordnung immer leicht erkennbar, welchem Gremium welcher TOP vorgelegt werden muss. Selbstverständlich obliegt es dem Stadtrat, hier über eine geänderte Geschäftsordnung zu beraten.

Der Lichterbogen war an sich zunächst aus künstlerischen Gesichtspunkten zu bewerten. Daher wurde er dem Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport, Tourismus und Partnerschaften zugeordnet. Wären die Kosten unter 5.000 Euro geblieben, hätte der Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport, Tourismus und Partnerschaften komplett entscheiden können. Nachdem die Kosten über 5.000 Euro gestiegen waren, musste der BUL-Ausschuss über die Ausgaben entscheiden. Der Lichterbogen wurde schließlich baulich umgesetzt und die Kosten waren unter 20.000 Euro.

8. Die Mitglieder des SR der Stadt Herrieden tagen sehr viel in Arbeitsgruppen und Ausschüssen, von denen nur sehr wenige beschließende Ausschüsse sind. Viele diese Arbeitsgruppen dauern zeitlich sehr viel länger und tagen öfter als die beschließenden Ausschüsse. Daher sollte der SR einmal prüfen, ob es nicht generell für alle Ausschüsse und Arbeitsgruppen eine Entschädigung gibt. Ebenso für Klausurtagungen, die sich teilweise über ganze Samstage hingezogen haben.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, dass die einzelnen Fraktionen hier in ihren Sitzungen einen Vorschlag erarbeiten, damit die Verwaltung den Wünschen entsprechend einen TOP die die darauf folgende Sitzung einbringen kann.

9. Es war dem RP-Ausschuss nicht einleuchtend, warum MA auf Schulungen mit Privatwagen gegen Abrechnung fahren, wenn zum gleichen Termin 2 Autos am Rathaus ungenutzt stehen. Hier ist besser drauf zu achten, dass erst die Städtischen Fahrzeuge genutzt werden, bevor private Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Auch im Hinblick auf evtl. versicherungstechnische Probleme bei Unfällen.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Geht ein Mitarbeiter zu einer Schulung, ruft dieser im Vorzimmer der Geschäftsleitung an. Dort wird geprüft, ob eines der Fahrzeuge frei ist. Geht ein Mitarbeiter in der Sommerzeit auf ein mehrtägiges Seminar, kann auf keines der Fahrzeuge im Rathaus verzichtet werden. Die Belegung des silbernen Dienstwagens wird immer im Kalender der GL eingetragen. Die Belegung des roten Dienstwagens wird immer im Kalender des Bauamtsleiters eingetragen. Dies wird seit der letzten Berichterstattung aus dem RPA ganz konsequent durchgeführt. Sollte es hier Lücken gegeben haben, dann bittet die Verwaltung um einen Hinweis, damit

auch solche Dinge noch abgestellt werden.

10. Die Verwaltung muss die Mietpreise unserer Liegenschaften überprüfen und ggf. anpassen. Dies ist trotz Renovierungen und Reparaturen über lange Jahre nicht geschehen. Bei einer gewerblichen Mieteinheit wurde die Mieter wegen Baumängel sogar erheblich gesenkt, nach erfolgter Reparatur aber nicht wieder zumindest der alte Mietpreis wieder angesetzt. Hier sind dringende Anpassungen angeraten.

Sachstandmeldung durch die Verwaltung:

Der hier bekannt gegebene Sachverhalt ist so nicht richtig dargestellt. Die Mietminderung im vorliegenden Fall war eben nicht aufgrund von Baumängeln erfolgt sondern wegen wirtschaftlicher Einbußen aufgrund von Veränderungen in der Innenstadt. Diese lag zwar zeitlich mit erforderlichen Sanierungen am betreffenden Gebäude gleich. Jedoch geht aus dem Schreiben mit der genehmigten Mietminderung deutlich der andere Minderungsgrund hervor. Die Unterlagen können gerne in der Sitzung eingesehen werden.

Nach der letzten Renovierung der Gebäude Ungarndeutsche Straße wurden dort die Mieten im Jahr 2011 angepasst. Sicherlich kann nach dieser Zeit über eine neuerliche Mieterhöhung nachgedacht werden, weil die Vergleichsmieten möglicherweise gestiegen sind. Diesem Punkt wird sich der Kämmerer mit seiner Abteilung annehmen und separat berichten.

Vermutlich müssen zuvor jedoch die dazugehörigen Garagen saniert werden. Hierfür ist allerdings der von der Verwaltung vorgeschlagene Haushaltsansatz reduziert worden, sodass die Sanierung der Garagen 2017 nicht vollständig erfolgen kann.

Allgemeines:

Es ist erfreulich, dass wir im laufenden Geschäft immer weniger Beanstandungen finden. Zeigt dies doch, dass von den MA und deren Leitungen sehr viel Wert auf ordnungsgemäße Arbeit gelegt wird. Manche Dinge wie Fahrtenbücher, Tanken am Vormittag, etc. wurden registriert, sind aber nicht Gegenstand des diesjährigen Prüfungsberichtes.

Es wurden keine Verstöße bei den Verfügungsmitteln der Vergaben durch Überschreiten der Vergabesummen festgestellt. Wir müssen jedoch darauf achten, dass wir die MA und hier weise ich besonders auf das Bauamt hin, diese Personen nicht ständig überfordern. Durch diese Überforderung kann am Schluss nicht mehr die volle Leistung erbracht werden und langwierige Erkrankungen sind die Folge. Dann fallen uns die betreffenden MA noch länger aus oder sind nach ihrer Rückkehr nicht mehr voll belastbar.

Am Schluss des Berichtes möchte ich mich nochmals ganz herzlich bei allen MA der Stadt Herrieden für ihre hervorragende Arbeit danken. Ganz besonders herausheben möchte ich auch in diesem Jahr wieder Ralph Meyer, unsere Kämmerer. Ohne seine Unterstützung und Wissen könnten auch wir im RP nur bedingt arbeiten und prüfen.

Vielen Dank dir Ralph für diese besondere Unterstützung und Zeit, die du einbringst um uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Besonders auch für die vielen Ideen und Änderungen im täglichen Ablauf, die der Stadt Herrieden in den letzten Jahren schon sehr viel Geld gespart bzw. durch zus. Zuschüsse die Einnahmen erhöht haben.

Herrieden, den 16.2.2017

Im Namen des RP-Ausschusses Dieter Bunsen, Vorsitzender

Die Verwaltung bedankt sich ganz herzlich beim RPA für die sehr sorgfältige Arbeit, weil dies eine stetige Verbesserung der Alltagsarbeit möglich macht.

Die Verwaltung regt jedoch an, dass mehr als bei der aktuell abgeschlossenen Prüfung die einzelnen Sachbearbeiter oder Abteilungsleiter hinzu gerufen werden, dann können missverständliche Punkte bereits im Vorfeld aufgeklärt werden.

Herrieden, 29.03.2017

Anja Schwander

Geschäftsleitung